

Wolf: Deutschland folgt Österreichs Beispiel

Der Deutsche Bundestag hat Anfang März eine grundlegende Wende im Umgang mit dem Wolf beschlossen: Künftig soll durch die Aufnahme ins Bundesjagdgesetz ein gezieltes Bestandsmanagement möglich werden. Angesichts steigender Wolfzahlen und zunehmender Nutztierrisse setzt Deutschland damit stärker auf Regulierung – und folgt dem Beispiel Österreichs, wo entsprechende Maßnahmen bereits etabliert sind.



Dipl.-Ing. Gregor Grill
LK Salzburg

Der Deutsche Bundestag hat am 5. März den von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer im Dezember 2025 vorgelegten Gesetzentwurf zur Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz (BJagdG) beschlossen. Durch die Gesetzesänderung, über die Ende März im Bundesrat endgültig abgestimmt wird, können die Länder in Regionen mit hoher Wolfsdichte und günstigem Erhaltungszustand ein Bestandsmanagement einführen. Wo Wölfe Herdenschutzmaßnahmen überwinden, können sie rechtssicher entnommen werden. In Gebieten, in denen präventiver Herdenschutz unzumutbar ist – etwa in der alpinen Region – ist eine Entnahme zur Vermeidung von Weidetierissen ebenfalls möglich.

Mit der Novelle des Bundesjagdgesetzes und der Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes in den meisten Landesteilen geht Deutschland nun zu einem geregelten Wolfsmanagement über. In Deutschland leben derzeit mindestens 219 Wolfsrudel, vor allem in Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen.

Parallel dazu steigt die Zahl der Wolfsrisse: Im Jahr 2024 wurden rund 4.300 Nutztiere, überwiegend Schafe und Ziegen, von Wölfen gerissen, zum Teil trotz Herdenschutzmaßnahmen wie Zäunen und Herdenschutzhunden. Neben den Nutztierissen habe auch das wachsende Konfliktpotenzial mit Teilen der Bevölkerung zu diesen Entscheidungen geführt, wie das Ministerium von Alois Rainer informierte. Damit folgt Deutschland dem Vorbild Österreichs, wo solche Maßnahmen seit einigen

Jahren bereits erfolgreich umgesetzt werden. In Österreich sind Weideschutzgebiete und Entnahmen bei Rissen und Risikowölfen, die sich mehrmals Siedlungen nähern, seit einigen Jahren Standard, was zu einer deutlichen Entspannung bei Konflikten mit der Bevölkerung, Weidetierhalten und der Almwirtschaft geführt hat.

Neue Monitoringzahlen für Österreich

Erst kürzlich veröffentlichte das Österreichzentrum Bär

Wolf Luchs, eine Einrichtung der Bundesländer und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK), die Zahlen für das Wolfsmonitoringjahr 2025. Demnach wurden 2025 in Österreich insgesamt acht Rudel nachgewiesen, jeweils vier im Osten und Westen Österreichs. Insgesamt wurden 116 Wölfe durch genetische Proben oder mit eindeutigen Fotobeweisen nachgewiesen. Deutlich wird dabei, dass aus verschiedenen Regio-



Holzmarkt

Sägerundholz €/FMO	netto	inkl. 13 % MwSt.
FI ABC 15 - 19 cm	100 - 110	113 - 124
FI ABC 20 cm +	128 - 133	145 - 150
FI CX 20 cm +	98 - 103	111 - 116

Industrieholz €/FMO	netto	inkl. 13 % MwSt.
FI/TA Faserholz	40 - 46	45 - 52
LH Faserholz	63 - 68	71 - 77

Waldhackgut €/SRM	netto	inkl. 13 % MwSt.
Weich	6 - 11	7 - 12
Hart	10 - 15	13 - 17
Astmaterial	3 - 7	4 - 8

Scheitholz €/RMM	netto	inkl. 13 % MwSt.
Weich	80 - 90	90 - 100
Hart	105 - 115	120 - 130

„Münchner Appell“ zur Wiederherstellungsverordnung

Bayerischer Waldbauerntag mit klarer Forderung

Dipl.-Ing. Gregor Grill
LK Salzburg

Vergangen Samstag fand in München der bayerische Waldbauerntag mit rund 600 Gästen statt. Anlässlich dieser Jahreshauptversammlung wurde der „Münchner Appell“ in Gegenwart von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer und dem stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, Hubert Aiwanger, unterzeichnet. Als klares Positionspapier zur Wiederherstellungsverordnung haben bayerische und österreichische Wald- und Landwirtschaftsverbände darin ihre Forderungen zur weiteren Vorgangsweise untermauert. Zentrales Anliegen der Verbände ist die Unterstützung der aktuellen Initiative der bay-

erischen Staatsregierung, eine Aussetzung und Überarbeitung der Wiederherstellungsverordnung durch die Bundesregierung einzuleiten. Die Verbände sehen in der aktuellen Ausgestaltung der Verordnung eine Gefährdung des sehr intensiv eingeschlagenen Weges, die Land- und Forstwirtschaft an den Klimawandel anzupassen. „Die raschen Veränderungen aufgrund des Klimawandels dürfen und können seitens der W-VO nicht ignoriert werden. Es darf kein dogmatisches Zurück in einen statischen Zustand vorgeschrieben werden, der laut allen wissenschaftlichen Erkenntnissen in wenigen Jahrzehnten von vielen Standorten getilgt sein wird. Proaktives Handeln in der Fläche ist unverzichtbar, um eine zukunftsfähige Land-

und Forstwirtschaft für die Gesellschaft zu sichern“, sind sich die Verbände einig. Auf österreichischer Seite haben der WV und die Land&Forst Betriebe Österreich den Schulterschluss mit Bayern vollzogen. In Vertretung von Bundesobmann Matthias Granitzer nahm Rudolf Rosenstatter bei der feierlichen Unterzeichnung teil. „Die Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum, gerade mit Bayern, ist ein Gebot der Stunde. Gegen eine europäische Fehlentwicklung müssen wir gemeinsam aufstehen. Europa ist unverzichtbar, wir sind glühende Europäer, aber dieser Irrweg muss genauso wie bei der EUDR beendet werden. Einen solchen Anschlag auf das Eigentum können wir nicht hinnehmen“, gibt sich Rosenstatter kämpferisch.



Münchner Appell, im Bild v. l.: Bgm. Roland Burger, Präsident Forstkammer Baden-Württemberg e.V., Philipp Freiherr von und zu Guttenberg, Stv. Vorsitzender Familienbetriebe Land und Forst Bayern, Rudolf Rosenstatter, Obmann WV Salzburg, Günther Feßner, Präsident Bayerischer Bauernverband KÖR, Bernhard Breitsameter, Präsident Bayerischer Waldbesitzerverband, Georg Lindner, Vorsitzender Sächsischer Waldverband e.V., Matthias Pfannstiel, Präsident Waldverband für Thüringen e.V., Ludwig Erbgraf von Waldburg-Wolfegg, Vorstand Familienbetriebe Land und Forst Baden-Württemberg, Christoph Niederberger, Direktor Wald Schweiz

Foto: BayWBV

nen Europas Wölfe nach Österreich kommen: Im Monitoring wurden Individuen aus dem alpinen Raum (hauptsächlich Italien), aus der dinarisch-balkanischen, der Karpaten- und der mitteleuropäischen Tieflandpopulation nachgewiesen. Damit gehört Österreich zu den dynamischsten Regionen Europas, was die genetische Vernetzung der eurasischen Metapopulation des Wolfes betrifft. Nachdem die deutsche Population, die in den Osten Österreichs ausstrahlt, bereits den günstigen Erhaltungszustand erreicht hat, und die alpine Population, die Italien, Slowenien, die Schweiz, Teile Frankreichs und Österreich/Bayern umfasst, ebenfalls bereits 2019 einen günstigen Erhaltungszustand erreichte, stellt sich die Frage, wann in Österreich der günstige Erhaltungszustand festgestellt werden kann. Dazu wird jedenfalls eine wissenschaftliche Studie notwendig sein, um der EU-Kommission belastbare Berechnungen nachweisen zu können. Die Bundesländer beraten derzeit die weitere Vorgangsweise dazu. Jedenfalls bleiben bis dahin die bestehenden Regelungen zur Entnahme von Problem- und Risikowölfen nach den einzelnen Landesgesetzen aufrecht.

Foto: AdobeStock